Griechenland

NIKOLAUS WENTURIS

Die EG-Politik Griechenlands in den griechischen Medien

Sollte in der Zukunft eine Vermehrung der ohnehin schon zahlreichen griechischen Feiertage in Erwägung gezogen werden, dann hätte das Jahr 1983 die größten Chancen, als ‚Europa-Jahr' in das griechische Kalendarium aufgenommen zu werden: zum einen aufgrund der intensiven Vorbereitung zur Übernahme der Präsidentschaft und zum anderen aufgrund der überraschenden Entdeckung eines griechischen ‚Europa-Bewußtseins' sowohl in Regierungs- als auch in Pressekreisen. Das waren Ereignisse, die die journalistische Begeisterung über die Europa-Leistungen des hellenischen Premiers beflügelten. Eine Begeisterung die ihren Höhepunkt fand, als Andreas Papandreou wegen seiner tief verwurzelten gallischen Freundschaft als zweiter Jean Monnet apostrophiert wurde[1].

Aber auch für die Chronisten griechischer Europa-Aktivitäten war das Jahr 1983 besonders attraktiv. Sie konnten im stilus gravis historische Ereignisse aufzeichnen, welche die staatsmännische Dimension des griechischen Ministerpräsidenten mit aller Deutlichkeit offenlegen sollten: die Synthese nämlich aus einem engagierten Europäer und einem Nationalpolitiker. Sie basiert zwar auf verhältnismäßig einfachen Vorstellungen, die dennoch von Andreas Papandreou vor dem unterbesetzten Plenarsaal des Europäischen Parlaments mit olympischer Geste als seine Vision eines „Europa der Völker" im Sinne eines „Europa der Zukunft" vorgetragen wurden.

Für die regierungsfreundlichen Presseorgane offenbarte Papandreous rhetorischer Paukenschlag jedoch einen neuen Geist von Messina (diesmal allerdings zur Verwirklichung der politischen Integration Europas), als er für das Scheitern des Athener Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft den Stuttgarter Kompromißvorschlag verantwortlich machte, sodann den finanziellen Egoismus der einzelnen EG-Partner beklagte, um schließlich den Kardinalfehler der Gemeinschaft in der von vielen EG-Bürokraten und Politikern geteilten Hoffnung zu lokalisieren, die die Lösung aller Probleme ausschließlich im Athener Gipfel sah[2].

Die konservativen Tageszeitungen hingegen würdigten die griechische EG-Präsidentschaft als politisch kurzsichtig; sie warfen der griechischen Regierung vor, daß sie weder in der Lage noch gewillt war, in der Gemeinschaft Ziele und

Zwecke zu entdecken und zu verfolgen, die „etwas mehr als eine bloße Buchhaltung und -führung bedeuten“[3]. Die oppositionelle Presse nahm zugleich die Gelegenheit wahr, den europäischen Wahlkampf für das Jahr 1984 zu eröffnen, indem sie mit Nachdruck fragte, wann endlich in Griechenland eine kritische Reflexion über die politischen Motive, die zur EG-Gründung geführt hatten, und über das politische Ziel der Gemeinschaft zu erwarten sei. Und gerade mit der Formulierung dieser Frage geben die oppositionellen Presseorgane eine in Griechenland weit verbreitete Ansicht wieder, nach der erst die Klärung dieses Problems die Antwort auf die zweite Frage ermöglicht, ob es sich für Griechenland lohne, Mitglied einer solchen Gemeinschaft zu sein[4]. Denn die griechischen Europa-Befürworter sehen in der Klärung dieser historischen Dimension die Voraussetzung für die Bildung eines europäischen Bewußtseins; erst dann sei der griechische Wähler in die Lage versetzt, auf der Grundlage eines sachgemäßen Urteils die richtigen Kandidaten und die adäquate politische Partei für das Europäische Parlament zu wählen.

Die Bildung eines politischen Bewußtseins ist zweifellos im Zusammenhang mit den bevorstehenden Europa-Wahlen und in Anbetracht der griechischen innenpolitischen Konstellation unerläßlich. Der griechische Wähler sollte auf dem Hintergrund breitgefächerter Informationen entscheiden können, ob er politische Kräfte unterstützen will, die sich als politisches Ziel die Zerstörung der Europäischen Gemeinschaft mit der Begründung gesetzt haben, daß es keine berechtigte und ideologisch vertretbare Existenzberechtigung der Gemeinschaft gebe, solange diese nicht bereit sei, die griechischen politischen und ökonomischen Lösungsvorschläge und/oder Modellentwürfe zu akzeptieren bzw. zu adaptieren; oder ob der griechische Wähler für politische Formationen und Alternativen votieren will, die die Ansicht vertreten, daß ein vereinigtes Europa künftig eine gewichtigere Rolle im internationalen System wahrzunehmen hat als nur die Aufgabe einer gerechten Verteilung der Ressourcen zwischen einem französischen Weinproduzenten und einem griechischen Orangenzüchter.

Innenpolitische Wertdispositionen und griechische EG-Politik

Bei ‚Griechenland-Experten‘ in der Europäischen Gemeinschaft scheint die Feststellung, daß die Europapolitik der griechischen Regierung vornehmlich innenpolitisch ausgerichtet ist, Zustände der Überraschung und bisweilen auch der Empörung auszulösen, die sie dazu veranlassen, diesem hinlänglich bekannten Faktum durch ständige Wiederholung den Status eines Mahnmals verleihen zu wollen[5]. Dabei wird der Hinweis, daß Außenpolitik weder von den jeweiligen innenpolitischen Konstellationen abzukoppeln noch von innenpolitischen Willensbildungsprozessen zu trennen ist, eher als störend denn zum Nachdenken geeignet empfunden. Aber auch der empirisch belegbare Hinweis, daß diese Feststellung keinesfalls eine griechische ‚Besonderheit‘, sondern vielmehr eine Zustandsbeschreibung und analytische Darstellung der außenpolitischen Aktivitäten aller zehn Mitgliedstaaten der Gemeinschaft ist,

wird ebenso konsequent ignoriert wie die Tatsache, daß der einzige Unterschied in der Festlegung der außenpolitischen Schwerpunkte eine Folgewirkung der innenpolitischen Perzeption und Interessenkonstellation des jeweiligen Akteurs (Staates) ist.

Das Problem, das diese Leerformel aufrollt, ist jedoch schwerwiegend: denn trotz offensichtlicher Trivialität provoziert diese Feststellung dennoch Gegenreaktionen in den betreffenden Mitgliedstaaten, die nicht nur eine apologetische, sondern auch eine reaktive Funktion haben; mit dem Resultat, daß sie die Verbreitung einer „Trotz-Ideologie" mit ethnozentrischem Charakter ermöglicht und schließlich zu einer zunehmend destruktiven und desintegrativen Haltung führt.

Diese zunächst theoretisch erfaßbare Gesetzmäßigkeit kann in Griechenland – mit einer ausgeprägten „Weigerungsideologie" als Hauptmerkmal seiner politischen Kultur – besonders deutlich verfolgt werden. Denn durch eine kontinuierliche und zugleich systematische massenmediale Verbreitung von Informationen, Diskussionsbeiträgen, analytischen Darstellungen und vergleichenden Bewertungen wird der griechische Bürger mit folgenden Denkkonstellationen und -prozessen konfrontiert: (a) Griechenland hat in seiner historischen Entwicklung viele Kämpfe austragen und viele Opfer bringen müssen, um seine Souveränität zu bewahren und den ausländischen Interventionismus abzuwehren; (b) in der Vergangenheit wurde Griechenland aufgrund historischer, politisch-ökonomischer und geostrategischer Konstellationen des öfteren gezwungen, sowohl auf die Ausübung seiner Souveränitätsrechte als auch auf die Wahrnehmung seiner legitimen Interessen zu verzichten. Nun sei es an der Zeit, seine Ansprüche zu realisieren, und zwar ebenso, wie es die anderen europäischen Staaten seit langem praktizieren. (c) Die europäischen Partner sollten deshalb Griechenland die Position innerhalb der Gemeinschaft einräumen, die sie für sich selbst auch mit rigoroser Konsequenz in Anspruch nehmen. Unter Loyalität und Partnerschaft innerhalb der Gemeinschaft stelle man sich in Griechenland keine Einbahnstraße vor, denn das „Gemeinschaftliche" bedinge stets ein Verhältnis auf Gegenseitigkeit[6].

Auf der Grundlage dieser innenpolitisch bedingten ‚Essentials' sowie aus alltagspolitischen und ideologischen Zweckmäßigkeiten sowohl der griechischen KP als auch dem harten linken Flügel seiner eigenen Partei gegenüber war die Regierung Papandreou bei der Ausformung außenpolitischer Ziele und somit bei der Festlegung der griechischen EG-Politik kaum verlegen, wenn es darum ging, ihre außenpolitischen Positionen und europapolitischen Bestrebungen vor der griechischen Öffentlichkeit zu untermauern. Aus parteipolitischen Diskussionen, Aufklärungsarbeiten der Parteiorganisation oder auch aus Zeitungskommentaren bzw. Fernsehsendungen konnte die griechische Öffentlichkeit erfahren, daß die häufige Implikation nationaler Interessen der deutschen, französischen oder britischen Regierungen in der Europapolitik nicht nur oft die europäische Dimension vermissen ließen, sondern sich überdies nicht selten

desintegrativ ausgewirkt und gelegentlich auch einen Stillstand der europäischen Entwicklung zur Folge gehabt hatten. Beispielsweise, als England anläßlich des Falkland-Konflikts die Solidaritätsbereitschaft der EG-Partner bis an die Grenze der Strapazierfähigkeit ausnutzte und eine Verlängerung des Importstopps aus Argentinien um weitere vier Wochen verlangte, oder als die englische Regierung die fällige Erhöhung der Agrarpreise 1982 blockierte, um eine Lösung des Beitragsausgleichs im Sinne britischer Nationalinteressen zu erzwingen.

Aber auch über die Verfolgung nationalpolitischer Interessen der französischen Regierung auf Kosten von EG-Bestrebungen und gemeinschaftlichen Zielen wurde der griechische Bürger aufgeklärt: so z.B. über die Haltung Frankreichs zu der Frage der spanischen und portugiesischen EG-Mitgliedschaft und die daraus resultierenden Probleme für die französischen Landwirte, oder über die französischen Vorstellungen von einer gemeinsamen Agrarpolitik, die sich ebenfalls von nationalpolitischen Überlegungen leiten und das „Europäische" an die zweite Stelle rücken lassen. Im Zuge der Aufklärungskampagne zum besseren Verständnis der griechischen EG-Politik mit dem Ziel, den Grad der innenpolitischen Akzeptanz der Regierungsentscheidungen und Wertvorstellungen zu erhöhen, wurde schließlich nicht versäumt, die griechische Öffentlichkeit über die Hintergründe des „hypertrophen Europa-Elements" in der deutschen EG-Politik zu informieren und darüber hinaus den Grad der Indolenz der griechischen Öffentlichkeit zu erhöhen gegenüber den „überreizten" und „schulmeisterlichen" Reaktionen des deutschen Außenministers wegen abweichender Positionen der griechischen Regierung in Sachen Gemeinschaftspolitiken[7]. Zum ersten Mal in dieser Deutlichkeit erfuhr die griechische Öffentlichkeit, daß die deutsche Europapolitik identisch mit vitalen Nationalinteressen sei, die vor allem auf die Sicherung des Exportvolumens der deutschen Industrie in den Gemeinsamen Markt sowie auf eine langfristige „europäische" Lösung der „deutschen Frage" (Wiedervereinigung) abzielten[8].

Aus all dem geht eindeutig hervor, daß die griechische EG-Politik im Jahre 1982 nicht nur innenpolitisch ausgerichtet war, sondern auch durch wert- und ideologiebedingte Denk- und Willensbildungsprozesse legitimiert werden sollte, die aufgrund von tradierten und penetrierten soziopolitischen Elementen von der politischen Kultur Griechenlands hätten getragen werden sollen.

Parteipolitische Kontroversen zur Europapolitik

Eines der wichtigsten Merkmale der parteipolitischen Auseinandersetzungen um die griechische Europapolitik ist der ethnozentrische Inhalt der positionellen Aussagen, der paradoxerweise die politischen Parteien Griechenlands mehr verbindet als trennt und demzufolge einen Grundkonsens für das soziopolitische System des Landes darstellt. Dieser Konsens hat dort eine analoge Funktion wie beispielsweise der Parteienkonsens über die demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland.

Im Sinne dieser Feststellung konzentriert sich die oppositionelle Kritik an der Europapolitik der PASOK-Regierung auf die Frage, inwieweit die von der Regierung verfolgte Politik der griechischen ‚Sonderstellung' und der daraus resultierende Ausbruch aus der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) eher den griechischen Nationalinteressen schaden als dienlich sind. Und um diesem Vorwurf Nachdruck zu verleihen, wurde außerdem darauf hingewiesen, daß die Väter der griechischen EG-Integration eher die politischen als die ökonomischen Vorteile einer EG-Mitgliedschaft bedacht und stets auf diese hingewiesen hätten[9]. Daß der Entwicklungsgrad des Europabewußtseins sowohl in der konservativen Opposition als auch in den Pro-EG-Kreisen dennoch ausbaufähig ist, zeigt die Tatsache, daß der Oppositionsführer Evangelos Averof sich in einer Presseerklärung eindeutig von der Befassung des Europaparlaments mit innergriechischen Angelegenheiten distanzierte, als es nach der Initiative des Vorsitzenden des politischen Ausschusses, Mariano Rumor, die „merkwürdige und zugleich unerklärliche" militärische, polizeiliche und zivile Mobilisierung in Griechenland am 26.2.1983 untersuchen wollte[10]. Zu ähnlichen Ergebnissen eines durchweg mangelhaften Europabewußtseins führt auch eine Analyse der Gründe, welche die konservative Opposition lieferte, als sie die sozialistische Regierung für ihre abweichende Haltung zur Polen-Resolution sowie zur Stellungnahme der Gemeinschaft nach dem Abschuß des südkoreanischen Zivilflugzeugs kritisierte: In beiden Fällen erschöpften sich die Befürchtungen der Nea Dimokratia im möglichen Verlust der Grundlage griechischer Nationalinteressen[11]; für die negativen Auswirkungen aus der griechischen Apperzeptionsverweigerung auf die Glaubwürdigkeit der EPZ, auf das internationale Ansehen der Gemeinschaft oder gar auf das Wertgefüge westeuropäischer Kultur und Tradition konnte allerdings die Schöpferin des „Wir-gehören-dem-Westen-an"-Slogans keine passenden Worte der Kritik finden. Einzige Ausnahme in diesem griechischen Europakonzert der Stimmen bildete der Vorsitzende der KODISO-Partei (Partei des Demokratischen Sozialismus Griechenlands), Jangos Pesmazoglou, der seine kritischen Beiträge stets der europäischen Idee als eines politischen Einigungsprozesses und einer kulturellen Verpflichtung widmete.

Der oppositionellen Kritik gegenüber reagierte die PASOK-Regierung betont nationalistisch, indem sie das Primat einer griechischen „unabhängigen und nationalen Politik" konstant verkündete[12], die sie innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu praktizieren gewillt sei. Zugleich warf sie der konservativen Opposition eine unreflektierte pro-westliche Haltung vor, die zwischen nationaler Hörigkeit, politischer Kurzsichtigkeit und Untertänigkeit hin und her schwanke.

Als empirische Beweise für die durch die PASOK-Regierung herbeigeführte Wende brachten die Kabinettsmitglieder immer wieder die zahlreichen griechischen Widerstände in den Organen und Institutionen der Gemeinschaft, sodann die Weigerung Griechenlands, eine vor allem von den Deutschen verlangte Uniformität in der Außenpolitik zu bejahen, und schließlich die vielerorts er-

klärte feste Absicht, keinesfalls die politische Entscheidungsfreiheit Griechenlands einengen zu lassen[13]. Nach Auffassung der PASOK-Regierung lagen außerdem die Kontroversen zwischen Griechenland und den anderen Mitgliedstaaten vorwiegend in der Dickfelligkeit, Sturheit und Arroganz mancher EG-Großmächte, die es bis zum Zeitpunkt der von der PASOK herbeigeführten Wende gewohnt gewesen seien, im Umgang mit dem kleinen Partner die Grenze zwischen Toleranz und Indolenz, zwischen Partnerschaft und Servilität stets zum eigenen Vorteil zu verwischen. Als Beispiele dieser erwarteten „freiwilligen Unterordnung" wurden in den regierungsfreundlichen Presseorganen aufgezählt: Die für Griechenland unvorteilhaften Regelungen, die bei den Beitrittsverhandlungen ausgehandelt worden waren und nun durch das Memorandum der sozialistischen Regierung korrigiert werden müßten; die Widerstände der Gemeinschaft gegenüber den griechisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen, obwohl dieses Abkommen die Entwicklung der griechischen Wirtschaft fördern könne; die Angriffe der Außenministerkonferenz (24.5.83) und vor allem des deutschen Vertreters nach der Weigerung Griechenlands, ein gemeinsames Kommuniqué über die libanesisch-israelische Vereinbarung zu unterzeichnen, obwohl es für die Gemeinschaftsmitglieder hätte einsichtig sein müssen, daß dies den in den arabischen Raum orientierten griechischen Wirtschaftsinteressen sehr abträglich gewesen wäre; oder die explizit und/oder implizit abwertende Haltung der EG-Partner – insbesondere der Deutschen – im Zusammenhang mit der griechischen Präsidentschaft, obwohl es ganz offensichtlich war, daß die deutsche Präsidentschaft keinesfalls dem Anspruch gerecht wurde, mit dem die deutsche Bundesregierung das Amt angetreten habe, und die Schwierigkeiten, die sie in ihrer Amtszeit in Brüssel schuf, von niemandem – außer vielleicht den Deutschen selbst – übersehen werden könnten.

Gegen Ende des Jahres 1983 können in griechischen Regierungskreisen dennoch erste Anzeichen einer Änderung in der EG-Haltung vermerkt werden, die nicht nur mit den Bemühungen Griechenlands um einen erfolgreichen Abschluß beim Athener Gipfeltreffen zusammenhängen, sondern vielmehr mit dem Entschluß der PASOK-Regierung, eine EG-Resolution zur Afghanistan-Frage mitzuunterschreiben (27.12.1983), obwohl ein ähnlicher Versuch am 8./9.12.1983 in Brüssel die griechische Unterstützung nicht fand. Daß die Nea Dimokratia sofort mit der Feststellung konterte, dies geschehe nur, weil Papandreou den Beistand der EG zur Lösung der Zypern-Krise benötige[14], kann wohl als die Aufdeckung des zentralen Motivs für eine mögliche Bewußtseinsänderung der griechischen Sozialisten aufgefaßt werden; oder, negativ ausgedrückt, als das oppositionelle Bedauern über den Verlust einer kontroversfähigen Sachfrage mit viel Spielraum für die nötige politische Profilierung.

Die griechische Präsidentschaft

Eine Woche vor Beginn der griechischen Präsidentschaft brachten die griechischen Presseorgane häufiger Schlagzeilen über die Europäische Gemeinschaft,

die sodann bis Ende des Jahres 1983 einen besonderen Stellenwert im Vergleich zu anderen Politikbereichen einnahm. Grund für die schlagartige ‚Europäisierung' der griechischen politischen Landschaft war nicht so sehr die Tatsache, daß die griechische Regierung in der EG-Präsidentschaft die Chance zu eigenem Ruhm sah (zumal diese Bestrebung bei allen vorangegangenen Präsidentschaften vermutet werden kann), sondern vielmehr das erhoffte Erfolgserlebnis auf dem internationalen Parkett für das empfindliche Nationalgefühl, das in Griechenland immer noch geltungsbedürftig ist. Und obwohl Teile der griechischen Öffentlichkeit während der Präsidentschaftszeit ihre sozialistische Regierung in einem ähnlichen Dauerkonflikt mit der EG wähnten wie beispielsweise mit den USA, gab es auch andere Stimmen, die mit diesem Amt den Vorsitz in einem in „Schwierigkeiten geratenen Unternehmen" verbanden[15], in dem Griechenland vornehmlich die Aufgabe zufalle, einen gerechten Weg zu finden, um die EG-Ressourcen zwischen den übrigen neun Partnern gerecht aufzuteilen[16].

Sieht man von delphischen Interpretationen und Kassandrarufen im In- und Ausland ab, so können die Probleme, die Griechenland während seiner Amtszeit lösen wollte, in folgenden Punkten zusammengefaßt werden: Höhepunkt der griechischen Europapolitik sollte der Athener EG-Gipfel werden, bei dem der griechische Premier die Funktion eines Schlichters zwischen Frankreichs Staatspräsidenten Mitterrand und Englands Premierministerin Thatcher wahrnehmen wollte. Denn den Regierungskreisen in Athen war – zumindest nach dem Stuttgarter Gipfel – nicht entgangen, daß die vielleicht kritischsten sechs Monate in der Geschichte der EG in die erste Präsidentschaftsperiode ihres jüngsten Mitgliedstaates fallen würden. Das zweite Problem, das die Griechen unbedingt gelöst haben wollten, waren die divergierenden Vorstellungen bezüglich der Finanzierung in der Gemeinschaft, zumal Griechenlands Hoffnung sich auf einen künftig stärkeren Geld-Zufluß aus Brüssel richtete. Daher hielt man in Athen von den Sparideen aus Bonn bzw. aus London überhaupt nichts und unterstützte die Stuttgarter Bemühungen Helmut Kohls um eine Aufstokkung des EG-Finanzrahmens im Zusammenhang mit der iberischen Erweiterung der Gemeinschaft. Hier schloß die griechische Regierung ein drittes ungelöstes Problem an: die Beseitigung der wirtschaftlichen Divergenz zwischen den armen und den reichen EG-Ländern; ein Zustand, der nach griechischer Auffassung behoben werden müßte, sollte die in Stuttgart aufgrund des Genscher-Colombo-Plans feierlich abgegebene Erklärung zur Europäischen Union[17] überhaupt einen pragmatischen Sinn erhalten. Das vierte Problem schließlich, das die Regierung Papandreou gelöst haben wollte, war der spanische und portugiesische Beitritt. Durch diese Erweiterung erhoffte sie sich nicht nur eine Stärkung der Südflanke der Gemeinschaft, um dann gemeinsam gegen den ‚reichen' Norden operieren zu können, sondern auch eine Verstärkung der sozialistischen Fraktion innerhalb der EG, um den ideologischen Druck der griechischen Kommunisten innenpolitisch abzubauen[18].

Daß das Athener Gipfeltreffen keines dieser Probleme zu lösen vermochte, ist inzwischen ein Faktum, das bei einer nüchternen und emotionslosen Analyse keinesfalls als das ausschließliche Resultat der griechischen Unerfahrenheit oder gar Unfähigkeit zu werten ist. Eine neue parteipolitische Kontroverse wurde durch die Nea Dimokratia dennoch ausgelöst, als sie das Scheitern des Gipfels als die Folge der „anti-europäischen" PASOK-Haltung hochstilisierte, während die griechische KP erneut und mit besonderem Nachdruck die Regierung aufforderte, endlich die ‚richtigen' ideologischen Schlüsse zu ziehen[19]. Unter den Beschuß der oppositionellen Offensive geraten, entdeckte die PASOK-Regierung erneut ihre europäische Dimension und zog zum Beweis ihrer politischen Unschuld zwei europäische Kronzeugen zur Unterstützung heran: zum einen den Präsidenten des Europaparlaments, Pieter Dankert, der die griechische Präsidentschaft als nicht schlechter als jene Deutschlands charakterisiert habe, und zum anderen den Presse-Informationsdienst Agence Europe, der in „einer Reihe von Artikeln die griechische Präsidentschaft gelobt" habe[20].

Schlußfolgerungen

Sucht man im Berichtszeitraum 1983 nach dem Stellenwert der Europapolitik in Griechenland, so wird man dort erstmals ein betont europäisches Jahr finden; daß dies auch oder vielleicht vor allem auf die Übernahme der Präsidentschaft zurückzuführen ist, dürfte außer jeden Zweifels liegen.

Dennoch scheint das gespaltene Verhältnis dieses Landes zu Europa weiterhin zu bestehen und die Hypothese zu bestätigen, daß dies bipolare Ursachen hat: Zum einen die endogene Ursache einer Apperzeptionsambivalenz zum Europäischen schlechthin aufgrund historischer Entwicklungsprozesse, die eine politische Kultur mit äußerst starken ethnozentrischen Wertsystemen und parteipolitischen Konstellationen erzeugt; zum anderen die exogene Ursache einer „paternalistischen Perzeption" Griechenlands durch seine übrigen Gemeinschaftspartner, die nicht von der Hand zu weisen ist und zudem desintegrative Auswirkungen hat. Denn es sollte nicht übersehen werden, daß integrative Prozesse sowohl das kognitive als auch das evaluative Einvernehmen aller Beteiligten voraussetzen, d.h. den Willen und die ins Detail gehende, alltagsbezogene Haltung des zu integrierenden als auch jene des die Integration akzeptierenden Akteurs.

Anmerkungen

1 Vgl. z.B. Oikonomikos Tachydromos, 29.12.1983.

2 Vgl. hierzu Eleftherotypia, 18./19.12.1983; Ta Nea, 19.12.1983; Oikonomikos Tachydromos, 29.12.1983; vgl. außerdem die Süddeutsche Zeitung, 14.12.1983.

3 Kathimerini, 18./19.12.1983; Mesimvrini, 21.12.1983.

4 Vgl. Kathimerini, 18./19.12.1983.

5 Vgl. z.B. Süddeutsche Zeitung, 27.5.1983; ENA (Wochenmagazin), 1.9.1983; The Times, 14.9.1983; Kathimerini, 18./19.9.1983.

6 Hier handelt es sich um eine Zusammenfassung von Argumenten und Positionen, mit denen der Verfasser in zahlreichen Gesprächen mit Vertretern der griechischen Eliten konfrontiert wurde; vgl. außerdem die auf Europa bezogene Berichterstattung in den griechischen Zeitungen und Periodika im Jahr 1983.
7 Vgl. hierzu Süddeutsche Zeitung, 27.5.1983, 14. und 15.9.1983; Kathimerini, 26.5. und 14.9.1983.
8 Vgl. z.B. Oikonomikos Tachydromos, 15., 22. und 29.12.1983.
9 Hierzu vgl. Mesimvrini, 7.10.1983; Kathimerini, 18./19.9.1983.
10 Kathimerini, 11.3.1983.
11 Vgl. Kathimerini, 18.3., 20.8., 18./19.9.1983.
12 Vgl. die Regierungsverlautbarungen in den griechischen Presseorganen im Jahre 1983.
13 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 27.5.1983; Kathimerini, 25.5., 21.6.1983; ENA, 1.9.1983; To Vima, 2.1., 6.2., 26.6.1983.
14 Vgl. Kathimerini, 28.12. und 29.12.1983.
15 To Vima, 26.6.1983.
16 Vgl. To Vima, 22.5.1983.
17 Abgedruckt als Dokument Nr. 5 in diesem Band.
18 Vgl. Kathimerini, 8.7. und 21./22.8.1983.
19 Vgl. Kathimerini, 11./12.12., 14.12., 18./19.12.1983; To Vima, 18.12.1983; Oikonomikos Tachydromos, 15.12. und 19.12.1983.
20 Oikonomikos Tachydromos, 29.12.1983.

Weiterführende Literatur

Martino, Gennaro di, Rules governing capital movements and invisible transactions in the Treaty of accession of Greece to the EEC, in: Mezzogiorno d'Europa, Neapel/London 1982, Nr. 4, S. 503–525.

Wenturis, Nikolaus, Das politische System Griechenlands. Eine soziopolitische Analyse, Stuttgart: Verlag Kohlhammer 1984.

Ziegler, Gert, Griechenland und die EG. Die Schwierigkeiten der Mitgliedschaft, in: Südosteuropa-Mitteilungen, München 1983, H. 2, S. 32–35.